



# ÖKOLOGISCHE STADT MIT SOZIALEM GEWISSEN

[WWW.GRUENE-ERKRATH.DE](http://WWW.GRUENE-ERKRATH.DE)

**ZEIT FÜR GRÜN.**



# GRÜNE LISTE

## UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN FÜR DIE KOMMUNALWAHL 2009



Barbara Geiss-Kuchenbecker (WK 080)



Peter Martin (WK 020)



Thomas Schwarz (WK 160)



Reinhard Knitsch (WK 170)



Sandra Ernst (WK 060)



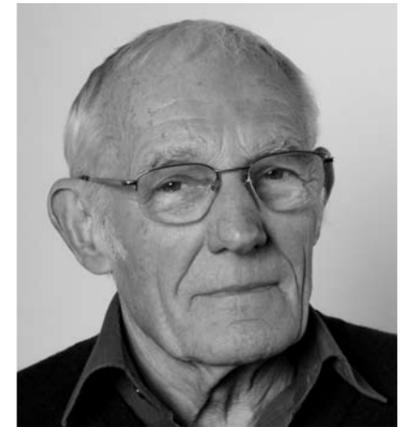
Peter Knitsch (WK 190)



Ulrich Tente (WK 040)



Sabine Börner (WK 110)



Dr. Klaus Janssen (WK 050)



Hyacinta Hovestadt (WK 100)



Andreas Kuchenbecker (WK 070)



Andrea Stracke-Knitsch (WK 180)



Ulrich Rotgeri



Sergio Brina (WK 140)



Karl Eichinger (WK 200)



Dieter Mausbach (WK 130)



Monika Neumetzler (WK 150)



Marc Göckeritz (WK 010)



Helga Wilmes (WK 120)



Heike Knitsch (WK 090)

**Hinweis:**  
Eine Übersichtskarte über die  
Wahlkreise sowie Steckbriefe  
zu unseren Kandidatinnen  
und Kandidaten finden Sie auf  
unserer Webseite:  
[www.gruene-erkrath.de](http://www.gruene-erkrath.de)

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>04</b>	<b>VORWORT</b>
<b>06</b>	<b>DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG</b>
<b>07</b>	<b>UMWELT</b> NATURSCHUTZZENTRUM BRUCHHAUSEN CO-PIPELINE
<b>09</b>	<b>KLIMASCHUTZ UND ENERGIE</b> FREIFLÄCHEN LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT WASSER ABWASSER ABFALL
<b>14</b>	<b>VERKEHR</b> EMISSIONEN LÄRM URBANITÄT
<b>16</b>	<b>SOZIALES</b> DEMOGRAFIE UND FAMILIE ARMUT MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN FLÜCHTLINGE
<b>21</b>	<b>KINDER UND JUGENDLICHE</b> SPIEL UND BEWEGUNG KINDERTAGESSTÄTTEN UND BETREUUNGSEINRICHTUNGEN HILFEN ZUR ERZIEHUNG JUGENDLICHE
<b>27</b>	<b>SENIORINNEN UND SENIOREN</b>
<b>29</b>	<b>FRAUEN</b> MATERIELLE UNABHÄNGIGKEIT STÄRKUNG DER FRAUENGLEICHSTELLUNGSSTELLE GEWALT GEGEN FRAUEN FRAUENFREUNDLICHE STADTPLANUNG
<b>33</b>	<b>BILDUNG, KULTUR, SPORT</b> SCHULEN KULTUR SPORT SPORTSTÄTTEN UND NEANDERBAD
<b>38</b>	<b>HAUSHALT</b> KOMMUNALE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

# VORWORT

## ERKRATH GESTALTEN: ÖKOLOGISCHE STADT MIT SOZIALEM GEWISSEN



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Erkrath,

dies ist das Programm von Bündnis 90/Die Grünen zur Kommunalwahl 2009. Es enthält mehr als allgemeine Leitlinien, wie wir Erkrath für die Zukunft rüsten wollen. Konkret skizzieren wir unsere Kommunalpolitik der kommenden fünf Jahre.

**Unser „grüner Faden“ heißt NACHHALTIGKEIT im Sinne der Lokalen Agenda 21.**

Nachhaltiges Handeln sorgt für ein soziales, gerechtes Miteinander in einer lebenswerten Umwelt – für uns und kommende Generationen:

- der sparsame, bewahrende Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen, mit Energie, Wasser, Luft, Boden und Natur;
- die Chancengleichheit in der Bildung für alle Kinder, für Frauen und Männer;
- ein soziales Netz, das allen Mitgliedern in unserer Gesellschaft eine lebenswerte Existenz garantiert.

**Um diese Zukunftsziele zu erreichen, wollen wir interessierte Bürgerinnen und Bürger einladen, ein Stadtentwicklungskonzept („Erkrath 2020“) auf den Weg zu bringen.**

Scharf kritisieren wir die bisherige Politik der aktuellen Ratsmehrheit von CDU und FDP und von Bürgermeister Arno Werner (CDU):

- die wiederholte Absicht, wertvolle Natur- und Erholungsflächen zu bebauen (Neanderbogen, Neanderhöhe, Kleines Bruchhaus);
- die Vernachlässigung von Kindergärten und Schulen;
- die Weigerung, über Klimaschutzmaßnahmen auch nur nachzudenken;
- verzögerte Reaktion auf regionale Planungen und Entwicklungen, die für Erkrather Bürger und Bürgerinnen nachteilig sind (L404, Mobilfunkkonzept, u.v.m.);
- die Verschlechterung des Bus-, Bahn- und Radverkehrs.

**Überheblichkeit kennzeichnet die regierende Mehrheit: Ratsdiskussionen werden schweigend ausgesessen, Bürger nur widerwillig gehört, eigene Beschlussfindungen nicht transparent gemacht.**

Prestigeträchtig wurden im Wahljahr trotz Finanzkrise 1,5 Millionen Euro Steuergelder zur Neugestaltung des Hochdahler Marktes angesetzt. Die Sanierung wäre für ein Fünftel davon möglich. Vorschläge dazu haben wir gemacht.

Trotzdem waren wir in den vergangenen fünf Jahre auch erfolgreich, oft im Schulterschluss mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Beispiele sind der Schutz vor dem in Erkrath allgegenwärtigen Verkehrslärm und der Widerstand gegen die CO-Pipeline.

Bei den Kommunalwahlen 2009 entscheiden Sie über die Mehrheiten, über die Politik der kommenden Ratsperiode. Sie entscheiden, ob weiter an Ihren Interessen vorbei regiert wird – oder ob nachhaltige Stadtpolitik, wie auf den Folgeseiten beschrieben, eine Chance hat.

Da es keine Stichwahl mehr gibt, haben wir auf eine eigene Kandidatur für das Bürgermeisteramt verzichtet. Weil die SPD sich unserer Forderung nach dem Erhalt von Neanderhöhe und Kleinem Bruchhaus als Naturflächen inzwischen angeschlossen hat, unterstützen wir die Kandidatur von Detlef Ehlert.

**Wir meinen: Es ist Zeit für Veränderung! Deshalb bitten wir bei der Ratswahl 2009 um Ihre Stimme für Bündnis 90/Die Grünen, für unsere Kandidatinnen und Kandidaten.**

**Wählen Sie Liste 3!**

Reinhard Knitsch   Sandra Ernst   Peter Knitsch   Hyacinta Hovestadt

# ZEIT FÜR VERÄNDERUNG.

# DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG

## Die Stadt sind wir.



Lebendige Demokratie braucht, auch in einem repräsentativen politischen System wie dem unseren, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – über die Wahlen hinaus.

Wer es mit „Demokratie“, also der „Herrschaft des Volkes“ – ernst meint, informiert und beteiligt die Betroffenen umfassend. Dafür stehen wir ein. Denn gerade Entscheidungen des Rates auf kommunaler Ebene betreffen den/die Einzelnen oft unmittelbar.

Die Einführung kommunaler Bürgerbegehren und -entscheide durch den Landtag ist ein erster Schritt zu mehr Demokratie.

### Auf städtischer Ebene fordern BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN:

- anstehende kommunalpolitische Entscheidungen müssen rechtzeitig angekündigt werden, und zwar regelmäßig durch Anzeigen in der Presse und durch städtische Informationsblätter;
- bei höherem Informations- und Diskussionsbedarf sind öffentliche Veranstaltungen durchzuführen, insbesondere bei der Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen;
- Umweltverbände und soziale Initiativen sollen an den Beratungen und Entscheidungen von Rat und Ausschüssen umfassend beteiligt werden, sachkundige EinwohnerInnen dazu mit beratender Stimme einbezogen werden;
- Jugend-, Senioren- und Ausländerbeirat müssen erhalten und gestärkt werden;
- der Aufsichtsrat der Stadtwerke muss wieder öffentlich tagen (CDU und FDP haben dies in der vergangenen Ratsperiode abgeschafft);
- in geeigneten Bereichen, wie Kultur oder Sport, sind Runde Tische einzurichten, an denen Vereine, Verbände und Initiativen sowie Rat und Verwaltung beteiligt sind. Diese Gremien haben beratende Funktion im Rat und sprechen Empfehlungen aus;
- der städtische Haushaltsplan soll für Laien verständlich formuliert und gestaltet werden. Er ist den BürgerInnen in einer öffentlichen Veranstaltung zur Diskussion zu stellen. Änderungsvorschläge werden an die Fraktionen im Stadtrat weitergeleitet.

**Bürgerinnen und Bürger umfassend an Entscheidungen beteiligen**

**Runde Tische für Meinungsaustausch**

# UMWELT

## Erkrath muss grün bleiben.

Das Wachstumsmodell der Industriegesellschaft ist nicht zukunftsfähig; heute wissen es alle: Zu viele Naturgüter werden verbraucht. Hohe Schadstoffemissionen verändern das Weltklima, verschmutzen Böden und Gewässer, bedrohen unsere Gesundheit und unsere Zukunft. Lärm und Abgase des immer weiter wachsenden Individualverkehrs ersticken unsere Wohnquartiere und verstopfen die Straßen.

Auch vor dem Hintergrund aktueller wirtschaftlicher Krisen darf der hohe Stellenwert des Umweltschutzes nicht angetastet werden. Vielmehr bietet Umweltschutz einen nicht zu vernachlässigen Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Positive Impulse werden vor allem durch die wachsende Bedeutung der Dienstleistungen im Umweltschutz, der energetischen Gebäudesanierung und erneuerbaren Energien ausgelöst.

### NATURSCHUTZZENTRUM BRUCHHAUSEN

Das Naturschutzzentrum Bruchhausen im Naturschutzgebiet Bruchhauser Feuchtwiesen ist nicht nur aufgrund seiner ländlichen, aber zentralen Lage zwischen den Erkrather Stadtteilen ein beliebtes Ausflugsziel. Wegen seiner naturnahen Garten- und Außenanlagen, einer begrenzten Tierhaltung, einschließlich der Schutzprogramme für bedrohte heimische Amphibien/Reptilien, wird es in der Bevölkerung als Kompetenzzentrum für alle Fragen des Natur-, Tier- und Umweltschutzes wahrgenommen. Es beherbergt mehrere Naturschutzorganisationen und hat sich als naturnahe Bildungsstätte für Erwachsene, vor allem aber für Kinder und Jugendliche etabliert, und das nicht nur im Freizeitsektor.

Mit einer erlebnisorientierten, ganzheitlichen Umweltbildung an außerschulischen Lernorten in Wald und Flur bereichert das pädagogische Team den Unterricht und das Offene Ganztagsangebot der örtlichen Schulen und Kindergärten. Es leistet damit unter anderem einen hohen Beitrag zur Vermeidung von Verunreinigungen und Umweltsünden in den grünen Bereichen der Stadt.

Das Naturschutzzentrum Bruchhausen einschließlich seines engagierten pädagogischen Teams muss deshalb unbedingt erhalten bleiben.

Innovative pädagogische Ansätze, wie etwa das kindliche Naturerleben mit Sprachförderung zu koppeln, sollen in jeder Weise unterstützt werden. Da die Gelder der Stiftung Naturschutzzentrum Bruchhausen hierfür in Zukunft nicht mehr ausreichen, muss die Finanzierung – etwa durch eine Zustiftung der Stadt – dauerhaft sichergestellt werden.



**Wirtschaftsfaktor: Umweltschutz**



**Dauerhafte Sicherung der Zukunft des Naturschutzzentrums**

**ZEIT FÜR MEHR BÜRGERRECHTE.**



### CO-PIPELINE

Die quer durch unsere Stadt verlaufende, im Bau befindliche CO-Pipeline der Firma Bayer darf nicht in Betrieb gehen. Längst ist erwiesen, dass sie zu unkalkulierbaren Risiken für Leib, Leben und Eigentum tausender betroffener Bürgerinnen und Bürger führt. Zudem wurde beim Bau der Leitung verantwortungslos geschlampt und die Aufsicht durch die Bezirksregierung skandalös vernachlässigt.

Bündnis 90/Die Grünen sind die einzige Partei, die sich auf allen beteiligten Ebenen – Land, Kreis und Kommune – geschlossen gegen die CO-Pipeline ausspricht. Neben einer Unterstützung der eingereichten Klagen wollen wir das vom Landtag beschlossene Enteignungsgesetz rückgängig machen und damit einen schweren Fehler aller Landtagsfraktionen korrigieren. Wir fordern die anderen Parteien auf, diesem Beispiel zu folgen und der Grünen Gesetzesinitiative zuzustimmen, um den Pipeline-Spuk endlich zu beenden!

### Pipeline-Spuk beenden



## KLIMASCHUTZ UND ENERGIE

### Nachfolgende Generationen im Blick.

Der Ausstoß klimaschädlicher Gase muss sofort drastisch verringert werden. Dazu müssen auch die Kommunen beitragen. Mit dem Umbau müssen wir jetzt beginnen, nicht in zehn oder zwanzig Jahren. Dies ist ein Hauptziel der Umweltpolitik von Bündnis90/Die Grünen.

Erkrath profitiert seit Mitte der 90er Jahre von der Übernahme des Stromnetzes durch die Stadt. Durchgesetzt hatten das seinerzeit Bündnis90/Die Grünen und SPD gegen RWE, CDU und FDP. Anschließend wurde das Hochdahler Heizwerk zu einem auch Strom erzeugenden Blockheizkraftwerk umgebaut. Damit deckt die Stadt nahezu die Hälfte des örtlichen Strombedarfs klimafreundlich selbst. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wurde um über 50% reduziert. Auch finanziell profitiert der städtische Haushalt. Die dadurch erzielten hohen Gewinne der Stadtwerke kommen städtischen Einrichtungen, wie dem Neanderbad, und damit den Bürgerinnen und Bürgern, zugute.

Kommunen können den Klimaschutz erheblich vorantreiben. Diese Ansicht teilen auch CDU-regierte Nachbarstädte wie Düsseldorf, Velbert, Hilden – und handeln entsprechend. In Erkrath aber stagniert die Klimaschutzpolitik nicht erst seit 1999: Unter Rot-Grün beschlossene Maßnahmen wurden rückgängig gemacht. Für den Klimaschutz seien Bund- und Land ausschließlich zuständig, heißt es bei CDU und FDP. Zweimal brachten Bündnis 90/Die Grünen das „10-Punkte-Klimaschutzprogramm für Erkrath“ ein. Es enthält Vorschläge zur Energieeinsparung, zur rationellen Energieerzeugung und zur Förderung regenerativer Energien. Noch 2008 lehnte die CDU-/FDP-Ratsmehrheit das Programm pauschal ab.

### Unsere konkreten Haupt-Ziele sind:

- die Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Stadtgebiet während der kommenden Ratsperiode um mindestens 25%;
- die Entwicklung der Erkrather Stadtwerke zum Energiedienstleister, dessen oberste Leitlinie der sparsame und effiziente Umgang mit den natürlichen Ressourcen, also Nachhaltigkeit, ist;
- mittelfristig soll Erkrath sich möglichst zu 100% selbst mit Strom versorgen: durch Energie-Sparmaßnahmen sowie umweltfreundlich erzeugten Strom aus Blockheizkraftwerken und aus erneuerbaren Energien.

### Wir fordern daher im Einzelnen:

- den Verbleib der Stadtwerke Erkrath GmbH in öffentlicher Hand, kein Verkauf einzelner Anteile, etwa an große Energieversorger, wie z.B. in Düsseldorf und Hilden geschehen;

### Stromerzeugung umweltfreundlich vor Ort

### Klimaschutzprogramm für Erkrath





**Solar-Sonnenblume erzeugt Strom am Hochdahler Markt**

- den Ausbau der Stadtwerke – eigene Stromerzeugung, bevorzugt auf der Basis von Windkraft, Fotovoltaik und Biomasse;
- die volle Umsetzung der bereits im Gutachten 1998 aufgezeigten Energiespar-Möglichkeiten in öffentlichen Gebäuden;
- die Errichtung dezentraler Blockheizkraftwerke, möglichst auf der Basis erneuerbarer Energieträger;
- den weiteren Ausbau des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs;
- Anreize für private Energiesparmaßnahmen mittels Förderprogrammen, Öffentlichkeitsarbeit und verstärkter Beratung seitens der Stadtwerke und der Stadt (etwa Wärmepumpen, Pelletheizungen);
- die Selbstverpflichtung der Stadt, nur noch energiesparende und energieeffiziente Produkte und Dienstleistungen zu erwerben, insbesondere, den städtischen Strombedarf über Ökostrom zu decken;
- das Ökostromangebot der Stadtwerke endlich auf tatsächlichen Ökostrom umzustellen. Der derzeitige Tarif gewährleistet nicht, dass mit ihm tatsächlich die Errichtung neuer regenerativer Stromerzeugungsanlagen gefördert wird;
- dass die Stadt ihre bauplanungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, bei privaten Neubauten Energiesparmaßnahmen sowie die Nutzung von Energie aus Sonne, Wind und Biomasse zu verwirklichen;
- Fotovoltaikanlagen für alle Erkrather Schulen und Kindergärten, auch als Unterrichts- und Lernobjekte.



**Keine weitere Bebauung der Freiflächen**

### FREIFLÄCHEN

1975 waren 15,7% der Fläche der Stadt Erkrath bebaut, heute sind es 30,5%. Entsprechend verringerten sich die Wald- und Wiesenbereiche von 54,9% auf 41,6%. Die Zerstörung von Freiflächen beeinträchtigt die Landschaft und trägt auch in Erkrath zum Verschwinden von Arten bei. Es gelang zwar zeitweise, zusammen mit den Naturschutzverbänden diese Entwicklung zu verlangsamen; so wurden in den letzten Jahren die Außenbereiche weitgehend geschont – abgesehen von einzelnen Sünden, wie dem Bau des Neanderbades an der Schönen Aussicht.

Der Schonung der Freiflächen haben CDU und FDP in den letzten Jahren den Rücken gekehrt. Die durch diese Parteien neu geforderten Gewerbe- und Wohngebiete auf der Neanderhöhe, dem kleinen Bruchhaus und dem Kemperdick würden etwa 25 ha Freifläche, entsprechend der Größe von 50 Fußballfeldern, zerstören und benachbarte Naturschutzgebiete beeinträchtigen, obwohl kein unmittelbarer Bedarf besteht. In der „Neuen Mitte Erkrath“ auf dem ehemaligen Pose-Marre-Gelände steht Raum für 250–300 Wohneinheiten zur Verfügung. In den Gewerbegebieten in Unterfeldhaus und am Bessemer Feld in Alt-Hochdahl stehen Gewerbe-Immobilien leer und auf Jahre hinaus ausreichend Grundstücke zur Verfügung.

### Damit die Landschaft erhalten bleibt, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die kommende Ratsperiode:

- keine neuen Baugebiete außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile, insbesondere nicht auf der Neanderhöhe und dem Kleinen Bruchhaus;
- keine weitere Bebauung südlich des Steinhofes in Alt-Erkrath;
- keine weitere „Einkesselung“ der wenigen Erkrather Naturschutzgebiete;
- im Rahmen des gemeinsam mit dem Kreis und der Stadt Mettmann projektierten „Masterplans Neandertal“ sind die Nutzungsinteressen Naturschutz, Erholung, Tourismus in Einklang zu bringen. Dabei sind von jeder Nutzung – auch Wanderwegen – freie Rückzugsgebiete für Pflanzen und Tiere vorzuhalten;
- innerstädtische Grünflächen sind im Sinne eines Biotop-Verbundsystems zu vernetzen. Anhand eines Entwicklungskonzepts sollen ökologisch arme Freiflächen z. B. durch Flurholzanbau, Feucht- und Trockenbiotope neu belebt werden;
- auch Straßenränder, Verkehrsinseln etc. sollen ökologisch – und kostensparend – umgestaltet werden;
- Erkrath muss „Stadt im Grünen“ bleiben. Nach Baumfällungen aus Sicherheitsgründen ist unmittelbar Ersatz zu schaffen – durch ausschließlich heimische und an den Standort angepasste Bäume;
- die auf unseren Antrag hin erlassene Baumschutzsatzung muss verbessert und auch vollzogen werden. Eingehende Ausgleichszahlungen müssen zweckentsprechend für die Neuanpflanzung von Bäumen verwandt werden;
- grundsätzlich sind nur einheimische Pflanzen zu verwenden; das Verbot so genannter Unkrautvertilgungs-, Schädlingsbekämpfungsmittel und Wachstumshemmer auf öffentlichen Grünflächen muss konsequent vollzogen werden.



**„Stadt im Grünen“**

### LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

#### Wir fordern:

- Landwirtschaftliche Fläche in Gemeindebesitz soll bevorzugt und günstig an ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet werden. Produkte dieser Betriebe sollten hier ihren Markt finden (u.a. in Kindergärten, Altenheimen, Schulen etc.);
- eine Umwandlung von Wald- in Bauflächen kommt für uns nicht in Frage. Bei Bauvorhaben auf angrenzenden Flächen müssen ausreichende Abstände/Schutzstreifen zum Wald vorgesehen werden. Bebauungs-

**Vorrang für „Ökobauer“ und regionale Vermarktung**

# ZEIT FÜR FREIFLÄCHENSCHUTZ.

pläne wie etwa der für die Firma Seco Tools am Steinhof in Alt-Erkrath, wo dieses Prinzip von CDU, SPD, FDP und lange auch von der BmU missachtet wurde, dürfen keine Wiederholung finden;

- der städtische Wald dient der Erhaltung der Artenvielfalt und der Erholung der Menschen. Betriebswirtschaftliche Kriterien sind dem unterzuordnen. Pflegemaßnahmen sollen schonend (durch Holzrücken mit Pferden etc.) praktiziert werden;
- Märkte für Produkte aus der Region, für fair gehandelte Produkte, für solche aus ökologischem Anbau und Anbieter nachwachsender Rohstoffe (Holzpellets etc.) sollen gefördert werden.

### WASSER

Das Erkrather Trinkwasser stammt zu etwa einem Drittel aus Rheinuferfiltrat von den Stadtwerken Düsseldorf, zu einem weiteren Drittel von den Stadtwerken Wuppertal und zu einem Drittel aus eigener (Grundwasser-)Förderung. Noch zeigt dieses Wasser eine relativ gute Qualität.

### Wir wollen, dass auch in Zukunft eine Versorgung der Bevölkerung mit gesundem Trinkwasser sichergestellt ist:

- die Förderung eigenen Trinkwassers ist auszubauen, um die Qualität des Erkrather Trinkwassers beizubehalten und Grundwasserabsenkungen in immer entfernteren Gebieten zu stoppen;
- Vorrang der Regenwasserversickerung vor der Einleitung in die Kanalisation – entsprechend dem Landeswassergesetz; das wirkt einer weiteren Absenkung des Grundwasserspiegels sowie der wachsenden Gefahr von Überschwemmungen entgegen;
- Renaturierung und Unterhaltung der Erkrather Gewässer nach ökologischen Grundsätzen. Dazu gehört eine großzügige, unbebaute Schutzzone im Uferbereich und die naturnahe Pflege der Randbereiche; wir kritisieren, dass CDU und FDP etwa bei der Überplanung des Pose-Maré Geländes Bauten bis ans Ufer der Düssel zugelassen haben.

### ABWASSER

Erst die Gerichte mussten die Stadt Erkrath zwingen, das Splitting der Abwassergebühr einzuführen, bei der zukünftig die Menge des in den Kanal abgeleiteten Regenwassers, abhängig vom Versiegelungsgrad des Grundstücks berücksichtigt werden muss; CDU und FDP haben dies über Jahre hinweg blockiert und damit bewirkt, dass Privathaushalte Unternehmen mit einer hohen Flächenversiegelung subventionierten.

### Außerdem fordern wir:

- Dort, wo die Stadt als Eigentümerin Einfluss auf die Bewirtschaftung ihrer Flächen hat, muss, so weit noch nicht geschehen, zum Schutz des Grundwassers die Aufbringung von Insektiziden, Herbiziden und Fungiziden sowie von Kunstdünger verboten werden;
- Ausbau und Sanierung des teils noch immer maroden Abwasserkanalsystems müssen zügig umgesetzt werden;
- gewerbliche Kanaleinleiter mit schadstoffbelastetem Abwasser müssen vollständig erfasst und regelmäßig kontrolliert werden (Vollzug der Indirekteinleiterverordnung durch Stadt und Kreis); illegale (Direkt-) Einleitungen in Flüsse und Bäche müssen aufgespürt und beseitigt werden.

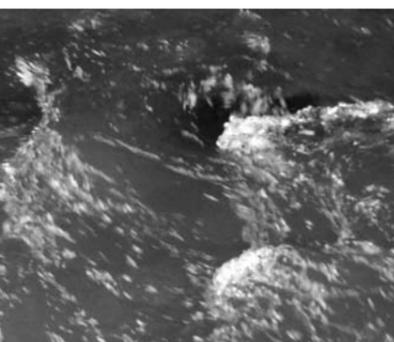
### ABFALL

Das System für Abfallgebühren in Erkrath belohnt Verhalten der Bürgerinnen und Bürgern, die dazu beitragen, dass Abfälle vermieden und wiederverwertet werden. In den 90er Jahren sind die Grünen für dieses System eingetreten. Die Statistik zeigt zwar, dass der Recycling-Anteil an der Abfallmenge zugenommen hat, dass wir es aber immer noch nicht geschafft haben, die Gesamtmenge zu verringern. Auch in Erkrath müssen wir daher stärker dafür sorgen, Abfall erst gar nicht entstehen zu lassen.

### Deshalb fordern wir:

- die Beibehaltung des bestehenden differenzierten Angebots an Müllbehältern;
- die Wiedereinführung bekannter Sperrgut-Termine, damit brauchbare Dinge noch einen Verwender finden;
- ein konsequentes Einwegverbot in städtischen Räumen und bei öffentlichen Veranstaltungen;
- die Beschaffung von Gebrauchsmaterial in Verwaltung, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen nach ökologischen Gesichtspunkten;
- die Erarbeitung eines Abfallvermeidungs-Katalogs;
- die Einbindung der Abfallberatung in das Umweltamt zu einer umfassenden Umwelt- und Verbraucherberatung;
- die finanziellen Anreize durch Gebührenermäßigung für die Bio-Tonne und bei Eigenkompostierung sollen beibehalten werden;
- Veranstaltungen und Projekte, die die Weiterverwendung von Gütern zum Ziel haben (z.B. Kleider- und Möbelkammern, Tauschbörsen, Trödelmärkte etc.) sollen erhalten bleiben und ausgebaut werden.

### Grundnahrungsmittel: Wasser



### Nachhaltige Verwertung



## Lärm und Abgase verringern - Mobilität erhalten

### EMISSIONEN

Der Straßenverkehr erzeugt heute 17% des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Bundesrepublik. Hier kann und muss verringert werden. Erkrath leidet in besonderem Maße unter dem Autoverkehr – durch die Autobahnen 3 und 46 und etliche stark befahrene innerstädtische Straßen.

### LÄRM

Bündnis 90/Die Grünen in Erkrath haben in den letzten Jahren hier einen Schwerpunkt gesetzt und zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern, darunter der Initiative „Echt-laut-in Erkrath“, erste Fortschritte erzielt. Die Stadt beauftragte ein Autobahn-Lärmgutachten, um vom Land NRW einen lärm-mindernden Fahrbahnbelag – ‚Flüsterasphalt‘ – einzufordern. Unserem Antrag folgend beschloss der Rat zudem, künftig auch sehr laute städtische Straßen mit einem solchen Belag zu dämmen und einen Lärmaktionsplan zu erarbeiten.

### URBANITÄT

Für die Zukunft wollen wir eine „Stadt der kurzen Wege“, wo überflüssiger Verkehr vermieden wird. Die Verkehrsmittel müssen allen Menschen Mobilität ermöglichen, nicht nur den AutofahrerInnen. Stadtplanung muss die Verkehrsmittel Fuß, Rad, Bus/Bahn fördern.

### Im Einzelnen fordern wir für Erkrath:

#### für FußgängerInnen:

- ordentliche Fußwege, auf denen man/frau bequem und ohne Stolperfallen nebeneinander gehen kann;
- optimale Ausleuchtung der Fußwege;
- fußgängerfreundliche Ampelschaltungen;
- mehr Querungsmöglichkeiten für FußgängerInnen, insbesondere auf der Neander- und Beethovenstrasse.

#### für RadfahrerInnen:

- qualitativ hochwertige, regelmäßig unterhaltene Radverkehrsflächen, die ein schnelles, bequemes und sicheres Fahren ermöglichen;
- die Stadt muss endlich, wie auf unseren Antrag hin beschlossen, in enger Abstimmung mit dem ADFC den Radverkehrsplan erarbeiten, der systematisch Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs in Erkrath aufzeigen soll;
- überdachte und diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten für RadfahrerInnen an den ÖPNV-Verknüpfungspunkten, z.B. Hochdahler Markt, Neuenhausplatz und Bahnstraße;

- Radfahrstreifen sind vornehmlich auf der Fahrbahn zu errichten; RadfahrerInnen dürfen nicht zur Beschleunigung des Autoverkehrs von der Straße vertrieben werden.

#### für Bus- und S-Bahn-BenutzerInnen:

- als Standards: Komfort, Niederflrbusse, saubere und einsichtige, sozial kontrollierte Haltestellen; barrierefreier Zugang zu Bussen und Bahnen für mobilitätseingeschränkte Menschen;
- der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und die Deutsche Bahn müssen, wie versprochen, endlich die katastrophale Unpünktlichkeit der S-Bahnen beseitigen; Sauberkeit, Sicherheit und Informationen (Lautsprecherdurchsagen und Anzeigetafeln) sind dringend zu bessern;
- die Abstimmung aller Erkrather Buslinientakte mit den Abfahrts-/Ankunftszeiten der S-Bahnen;
- die Rücknahme der von CDU/FDP beschlossenen Einschränkungen im ÖPNV;
- die Orts- bzw. Bürgerbusanbindung unterversorgter Wohngebiete, z.B. die Anbindung des Bahnhofs Erkrath-Nord. Verwaltung und Ratsmehrheit müssen den Bürgerbusverein unterstützen, statt ihm fortgesetzt Hürden in den Weg zu stellen;
- eine umfassende und bedarfsgerechte Versorgung im Schulbus-Verkehr.

#### für AutofahrerInnen:

- lärm-mindernde Straßenbeläge auf den Autobahnen und viel befahrenen innerstädtischen Straßen;
- kein Ausbau der Bahnunterführung nach Gerresheim und der L404;
- maßvolle Anwendung der Stellplatzverordnung (1 Kfz pro Wohneinheit) – Verwendung der Ablösebeträge für Radverkehrsförderung und ÖPNV;
- Umstellung des städtischen Fuhrparks auf energiesparende, schadstoffarme Fahrzeuge (Erdgas etc.);
- Beibehaltung der Stadtwerke – Fördergutschrift bei Anschaffung eines Erdgas-Autos;
- Tempo-30 und LKW-Durchfahrtsverbot im Bereich der Max-Planck-Str.;
- Nachts, wo möglich, die Ampeln ausschalten;
- Prüfen, ob eine Grüne-Welle-Schaltung der Ampeln während der Stoßzeiten des Berufsverkehrs machbar ist. Die Abgas- und Lärmreduzierung käme vor allem den AnwohnerInnen zugute;
- Förderung des Carsharings;
- Förderung von Initiativen für Fahrgemeinschaften im Berufsverkehr;
- Umbau stark befahrener Kreuzungen zu Kreisverkehren;
- wirksame Überwachung von Geschwindigkeitsbegrenzungen, insbesondere vor Schulen, Kindergärten und Seniorenheimen.



„Stadt der kurzen Wege“



Ausbau des ÖPNV



Verkehrsberuhigung auf der Max-Planck-Straße, ganztägig

# SOZIALES

## Armut vermeiden - Integration ermöglichen.

### DEMOGRAFIE UND FAMILIE

Laut demografischen Prognosen werden die Bevölkerungszahlen in Erkrath stärker zurückgehen als in Bund und Land. Schon heute ist die Einwohnerzahl rückläufig, dieser Trend wird bis 2020 weiter zunehmen.

Zudem wird sich die Bevölkerungsstruktur elementar verändern. In 10 Jahren werden, so aktuelle Prognosen, mehr als 30% der in Erkrath Lebenden über 60 Jahre alt sein.

Diese Veränderungen erfordern einen passgenauen Zuschnitt kommunaler Strukturen. Der öffentliche Nahraum muss daher weit mehr an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst werden, um ihnen die Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen – siehe dazu auch das Kapitel ‚Senioren und Senioren‘.

Darüber hinaus ist es zunehmend wichtig, Erkrath auch für jüngere Menschen als Wohn- und Alltagsort attraktiv zu machen. Gerade die Städte der Umgebung sind auf diesem Weg sehr aktiv.

Eine bedeutende Zielgruppe ist hier die Familie, in jeder Konstellation, jeder Rechtsform und Generationen übergreifend. Sie längerfristig an den Standort Erkrath zu binden, bedarf aktiver kommunaler Familienpolitik, die nicht bei einem attraktiven, erschwinglichen Wohnangebot stehen bleiben darf. Genauso wichtig sind gute Betreuungskonzepte für alle Altersstufen, eine gute Infrastruktur und ÖPNV-Anbindung.

Da Ratsmehrheit und Bürgermeister sich dem Thema weitgehend verweigern, wurde Anfang 2006 unter Federführung von Bündnis90/Die Grünen das Lokale Bündnis für Familie Erkrath gegründet. Die Einführung der Familienkarte durch die Stadt Erkrath war ein erster großer Erfolg der im parteiübergreifenden Bündnis geleisteten Arbeit.

### ARMUT

Auch in Erkrath sind Menschen von Armut betroffen. Arbeitslose, Beschäftigte im Niedriglohnsektor, Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende, Auszubildende und Studenten leben häufig von einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. Inzwischen sind auch immer mehr Frauen im Rentenalter finanziell unterversorgt.

Ansprechpartner ist in vielen Fällen die ARGE des Kreises Mettmann, die bisher mit zu wenig Personal unter hohem Erfolgsdruck arbeitet und kaum Einzellösungen zulassen darf.

Mit der Beitragsregelung für Plätze im Kindergarten, in der offenen Ganztagschule und der Gewährung einer kostenlosen Mittagsversorgung hätte auch die Kommune Möglichkeiten, die Situation von Kindern aus wirtschaftlich schwächeren Familien zu verbessern.

Bürgerschaftliches Engagement gegen Armut leisten hier die Fördervereine etlicher Schulen. Auch die Erkrather Tafel ist ein sehr positives Beispiel ehrenamtlich organisierter Hilfe, die wir weiterhin umfassend unterstützen wollen.

Präventive Arbeit wird durch viele soziale Einrichtungen in Erkrath geleistet. Bündnis90/Die Grünen Erkrath sehen einen Schwerpunkt ihrer Politik darin, das bestehende Netz zu erhalten, zu erweitern und neuen Problemlagen zu anpassen.

### Für Erkrath fordern wir:

- ein umfassenderes niederschwelliges Beratungsangebot, auch präventiver Natur;
- verlässliche Unterstützung der Erkrather Tafel, vor allem mit geeigneten Räumen;
- finanzielle Unterstützung der SchuldnerInnenberatung;
- weiterhin getrennte Notunterkünfte für Männer und Frauen;
- Ausbau der Obdachlosenarbeit;
- Vergünstigungen für sozial Benachteiligte, um am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben angemessen teilnehmen zu können.

### MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Bündnis90/Die Grünen streben die volle gesellschaftliche Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen an. In Erkrath wollen wir die Voraussetzungen zur optimalen Entfaltung jedes/jeder Einzelnen schaffen und die gleichberechtigte Teilhabe am politischen und sozialen Leben ermöglichen.

Dies beinhaltet auch, in Erkrath wohnen bleiben zu können, wenn es alleine, ohne fremde Hilfe, nicht mehr geht. Es gilt, das 2002 auf Anregung von Bündnis90/Die Grünen bundesweit eingeführte Behindertengleichstellungsgesetz in Erkrath erfolgreich umzusetzen.

Die aktuelle Koalition aus CDU und FDP in Erkrath hat sich in der laufenden Wahlperiode kein einziges Mal des Themas angenommen.

### Herausforderungen des demografischen Wandels begegnen



### Lokales Bündnis für Familie

### Erkrather Tafel





### Politik für Menschen mit Behinderungen heißt Rücksicht nehmen auf Einschränkungen in den Bereichen:

- Mobilität (bei Gehbehinderten, Rollstuhl- oder Rollator-NutzerInnen etc.)
- Sehen
- Hören
- Lernkompetenzen
- chronische und fortschreitende Erkrankungen

Wesentlich ist dabei die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen haben öffentliche ArbeitgeberInnen Vorbildfunktion. Daher sehen wir die Stadtverwaltung Erkrath insbesondere bei Neueinstellungen und Ausbildungsplätzen in der Pflicht.

### Wir fordern:

- den behindertengerechten Umbau des S-Bahnhofs Hochdahl;
- die Höhenanpassung der Bürgersteige im Zuge aller Neu- und Umbaumaßnahmen öffentlicher Straßen;
- Ampeln durch Geräusche erfahrbar zu machen;
- den angemessenen Zugang aller öffentlichen Gebäude über Rampen oder Aufzüge;
- die Einrichtung weiterer stadtteilbezogener integrativer Kindertagesstättengruppen und Schulklassen;
- die Erweiterung des Angebots behindertengerechter Wohnungen durch Umbauten oder bei Neubauten;
- den flächendeckenden Einsatz von Niederflurbussen;
- zwei Wohngruppen für Menschen mit verschiedenen Formen der Beeinträchtigung;
- eine Wegenetz- und Wanderkarte für Rollstuhlfahrer.

### MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

MigrantInnen bereichern mit ihrer Kultur, ihrer Lebensweise und ihren Erfahrungen die bundesdeutsche Gesellschaft. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Kulturelle Vielfalt in einem friedlichen und verständnisvollen Miteinander muss Grundlage des Zusammenlebens sein.

Während EU-Bürgerinnen weitgehend den gleichen rechtlichen Status wie Deutsche haben, gilt ein kompliziertes AusländerInnenrecht für alle anderen. Selbst für MigrantInnen, die seit vielen Jahren bei uns leben, ist es schwer und teuer, die Deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.

### Kulturelle Vielfalt

Die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund muss gestärkt werden. Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache, wie z.B. das „Rucksackprogramm“ in der Grundschule oder „Spielend Deutsch lernen“ für Kinder ab 2 Jahren müssen in unserer Stadt ausgebaut werden, um die schulischen Bildungschancen dieser Kinder zu erhöhen. Fehlende Kenntnisse der deutschen Sprache führen zu geringer qualifizierten Schulabschlüssen – die Berufsausbildung wird erschwert.

In Erkrath leben rund 4.500 Ausländer, darunter 3.241 EU-Bürgerinnen. Zusammen stellen sie ca. 10% der Wohnbevölkerung. Geschätzte weitere 20% sind Deutsche mit Migrationshintergrund.

### Bündnis90/Die Grünen fordern auf kommunaler Ebene:

- die Weiterentwicklung des Ausländerbeirates zur politischen Interessensvertretung/zum Mitwirkungs-gremium bei kommunalpolitischen Entscheidungen; der Beirat besteht seit 1982 und organisiert jährlich das Internationale Fest im Bürgerhaus Hochdahl;
- die (Wieder-)Einrichtung einer Stelle beim Sozialamt zur Koordination und Initiierung von Integrationsmaßnahmen, unter anderem einer jährlichen Integrationskonferenz, bei der alle Träger integrativer Maßnahmen und Beratungsstellen sowie Vertreter von MigrantInnenorganisationen ihre Angebote abstimmen und optimieren;
- die Errichtung eines internationalen/interkulturellen Zentrums, das zur Begegnung zwischen MigrantInnen und Deutschen dient sowie einzelnen Nationalitäten Räumlichkeiten zur Verfügung stellt;
- den Ausbau der Sprachförderprogramme für MigrantInnenkinder und deren Eltern;
- die Aufrechterhaltung der städtischen Zuschüsse zur Integrationsarbeit des DRK-Familienbildungswerkes im Stadtteil Sandheide (internationales Müttercafé und Sprachkurse);
- die finanzielle und ideelle Förderung von Veranstaltungen und Projekten, die der Integration dienen und der Ausländerfeindlichkeit entgegenwirken.

### FLÜCHTLINGE

Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Kriege, ethnische Vertreibungen, Hungersnöte, Armut und politische Verfolgung zwingen sie, ihre Heimat zu verlassen.

### Integration ermöglichen



Wir reichen Industrieländer tragen durch unsere außenpolitischen Entscheidungen, unsere Wirtschaftspolitik, unsere Art der Gewährung von Entwicklungshilfe sowie durch unsere Rüstungsexporte nicht unwesentlich zu dieser Situation bei.

Erkrath ist die Exilheimat etlicher Asylbewerber und vieler Kontingentflüchtlinge. Sie dürfen nur solche Arbeiten annehmen, die zuvor erfolglos Deutschen und EU-Bürgerinnen angeboten wurden. Solange ihr Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, müssen sie in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften wohnen.

Diese Unterkünfte haben überwiegend einen äußerst einfachen Charakter: teilweise schlechte Bausubstanz, Gemeinschaftsküchen und Sanitärbereiche. Die Lebenssituation ist gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit, finanzielle Probleme, Bewältigung von Ängsten, ethnische, religiöse und kulturelle Differenzen und Sprachbarrieren.

**Um den Flüchtlingen, die ohnehin in einer sehr angespannten Lebenssituation stehen, das Hiersein etwas zu erleichtern, fordern wir:**

- die vermehrte Bereitstellung privaten Wohnraums, vorrangig für Familien;
- kleine, dezentral verteilte und gut ausgestattete Unterkünfte für Flüchtlinge; ein Hausmeister muss für jede Gemeinschaftsunterkunft zur Verfügung stehen; ebenso Spiel- und Förderangebote für Kinder;
- die Einstellung eines Sozialarbeiters zur Betreuung der Flüchtlinge;
- bedarfsgerechtes Angebot an Integrationskursen (Sprachkurse nach dem Zuwanderungsgesetz) bei der Volkshochschule; hier ist es erforderlich, dass auch eine Kinderbetreuung während der Unterrichtszeiten angeboten wird;
- Übernahme von Vereinsbeiträgen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration;
- stärkere Unterstützung von ehrenamtlichen Helfer/innen und Initiativen, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind;
- muttersprachliche Beratungsdienste für die größten Flüchtlingsgruppen.

**Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen**

## KINDER UND JUGENDLICHE

### Groß für die Kleinen.

Jeder junge Mensch hat das Recht, in seiner Entwicklung gefördert zu werden und zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit erzogen zu werden, so heißt es im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Ihrem Entwicklungsstand entsprechend müssen Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden.

Das Jugendamt hat die Aufgabe, Lobby für Erkraths über 8000 Kinder und Jugendliche zu sein – das heißt, ihnen in unserer Stadt positive Lebensbedingungen, also eine kinder- und familienfreundliche Umgebung mit geeigneten Freizeitangeboten zu schaffen. Von diesem Ziel ist Erkrath insbesondere bei den Freizeitangeboten für Jugendliche noch weit entfernt.

#### SPIEL UND BEWEGUNG

Kinder lieben Spiel und Bewegung. Das fördert ihre körperliche und geistige Entwicklung. Vor allem naturbelassene Spielräume – Freiflächen, Wiesen, Gehölze – müssen erhalten bleiben, denn sie bieten Raum für eigenes Entdecken und Erleben.

Auch gute Spielplätze machen Lust auf Bewegung und Spiel. Die Ausstattung der 66 städtischen Spielplätze in Erkrath ist aber nicht selten dürrftig, in schlechtem Zustand und wenig anregend. Für den Ausbau und den Ersatz von Spielgeräten werden im Haushalt jährlich 75.000 Euro angesetzt. Pro Spielplatz sind das rund 1100 Euro. Für attraktive Spielplätze reicht das bei weitem nicht. Bündnis 90/Die Grünen beantragen seit Langem eine Aufstockung auf jährlich mindestens 100.000 Euro – was regelmäßig von den Fraktionen der CDU und FDP abgelehnt wird.

#### Wir setzen uns daher nach wie vor dafür ein, dass

- mehr Geld für Spielgeräte bereit gestellt wird;
- Spielplätze attraktiv gestaltet werden und den kindlichen Bedürfnissen nach Kreativität, Bewegung, Abenteuer und Aktivität entsprechen (z.B. Wasserspielzonen, multifunktionale Spielgeräte);
- Schulhöfe und verkehrsberuhigte Wohnstraßen kindgerecht gestaltet und gefahrlos genutzt werden können;
- Spielflächen auch für ältere Kinder attraktiv sind (z.B. vermehrte Errichtung von Basketballkörben, Volleyballspielflächen);
- Spielplatzpatenschaften gefördert werden, das Jugendamt also die Betreuung eines Platzes durch Eltern, Initiativen, etc. unterstützt und beratend begleitet. Ein entsprechender Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wurde durch die jetzige Rathausmehrheit abgelehnt;



**Attraktive Spielplätze**





**Kinderstadtplan –  
regelmäßig alles auf  
einen Blick**

- der auf Antrag der Bündnisgrünen erstmals 1999 erstellte Kinderstadtplan, der über Freizeitangebote in unserer Stadt informiert, regelmäßig aktualisiert wird;
- das Kinderhaus Sandheide, als beliebter Treffpunkt insbesondere für Kinder aus den Stadtteilen Sandheide und Schildsheide ohne Personalkürzungen erhalten bleibt;
- stadtteilorientierte Freizeitangebote ausgebaut werden, z.B. das Spielmobil Erkelinchen wieder eingeführt wird. Dieses von CDU/FDP gestrichene Freizeitangebot wurde zahlreich und gerne in Anspruch genommen und trug auch zur Verständigung der im Stadtteil lebenden Menschen bei;
- die Freizeitangebote in den Schulferien beibehalten werden (Ferienspaß, Oster- und Herbstferienprogramm und Ferienerholungsmaßnahmen).

#### **KINDERTAGESSTÄTTEN UND BETREUUNGSEINRICHTUNGEN**

In unserer Stadt werden in 21 Kindertagesstätten insgesamt 1356 Plätze zur Betreuung von Kindern angeboten. Neun Kindertagesstätten befinden sich in städtischer, fünf in katholischer, drei in evangelischer und jeweils eine Einrichtung in der Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt, Johanniter-Unfallhilfe, Paritätischer Wohlfahrtsverband und einer Elterninitiative.

Das neue Kinderbildungsgesetz (Kibiz) in Nordrhein-Westfalen trat im August 2008 in Kraft. Es änderte insbesondere die Altersstruktur der Gruppen und die Betreuungszeiten.

**Qualifizierte Kinderbetreuung für alle**

Durch Kibiz wurde neben den bereits bestehenden Angeboten eine neue Regelgruppe für Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren eingeführt. Leider wurde die bisherige altersgemischte Familiengruppen für Kinder im Alter von 4 Monaten bis zum 6. Lebensjahr abgeschafft und ersetzt durch eine Gruppe ausschließlich für Kinder unter 3 Jahren.

Die Landesregierung hat den Kommunen auch mehr Kosten bei der Finanzierung der Plätze aufgebürdet. Erkrath muss jetzt jährlich knapp 400.000 Euro zusätzlich bezahlen.

Einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hat aber derzeit weiterhin nur die Altersgruppe der 3 bis 6-Jährigen. Von den 1356 Kita-Plätzen stehen bislang nur 84 Plätze zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren zur Verfügung. Nur drei Einrichtungen bieten zusammen 30 integrative Gruppenplätze für behinderte Kinder.

Seit August 2006 werden die Elternbeiträge nicht mehr landeseinheitlich erhoben, sondern durch die Kommune festgelegt. Mit den Stimmen von CDU und FDP wurden die Elternbeiträge in unserer Stadt um durchschnittlich 10% erhöht.

**Beitragserhöhung zurücknehmen**

Zur Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung ist es erforderlich, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für alle Kinder bis mindestens zum 10. Lebensjahr anzubieten (siehe hierzu auch Programmteil Bildung, Offene Ganztagschule).

#### **Bündnis 90/Die Grünen werden auch weiterhin dafür eintreten, dass**

- die Erhöhung der Elternbeiträge zurückgenommen wird;
- ein bedarfsgerechter – das bedeutet: erheblicher – Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesstätten/Tagespflegestellen erfolgt;
- Eltern selbst entscheiden können, ob die Betreuung ihres Kindes in einer Einrichtung oder bei einer Tagesmutter erfolgt;
- sich Kindertagesstätten auf Wunsch zum Familienzentrum weiterentwickeln können und dabei von der Stadt auch finanziell unterstützt werden. Die vom Land NRW bereit gestellten Mittel allein reichen nicht zur Umsetzung der zusätzlichen Aufgaben und Angebote eines Familienzentrums;
- der Rechtsanspruch auf einen wohnortnahen Kindergartenplatz erfüllt bleibt und die Qualität der pädagogischen Betreuung durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal gewährleistet ist;
- die hauswirtschaftlichen Kräfte bedarfsgerecht in den Einrichtungen eingesetzt werden. Seit der CDU/FDP-Beschluss den Einsatz der Küchenkräfte in den städtischen KiTas auf 10 Wochenstunden reduzierte – und zwar unabhängig von der Zahl der über Mittag bleibenden Kinder – können nicht mehr sämtliche Arbeiten erledigt werden;
- den Einrichtungen ausreichende finanzielle Mittel für Mobiliar, Spiel- und Beschäftigungsmaterialien bereit gestellt werden, sowie Gebäudesanierungen und -modernisierungen umgehend erfolgen;
- sich die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten an den Bedürfnissen der berufstätigen Eltern und Alleinerziehenden orientieren;
- Elterninitiativen, welche die Trägerschaft von Kindertagesstätten übernehmen möchten, durch die Stadt unterstützt und gefördert werden;
- Tagespflegemütter/-väter nicht statt wie bisher 3 Euro, sondern mindestens 4 Euro pro Stunde für die Betreuung eines Kindes erhalten und regelmäßig kostenfrei pädagogisch qualifiziert werden;



- der Kindertreff im Bürgerhaus Hochdahl erhalten bleibt und die Elternbeiträge nicht weiter erhöht werden;
- auch in Alt-Erkrath ein dem Hochdahler Kindertreff analoges Angebot eingerichtet wird;
- Defizite bei der Sprachentwicklung von Kindern durch gezielte Angebote in den Kindertagesstätten frühzeitig behoben werden.

### HILFEN ZUR ERZIEHUNG

Die Entwicklung zeigt, dass sich immer mehr Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder allein überfordert fühlen und Kinder zunehmend Verhaltensauffälligkeiten zeigen.

Dem muss mit geeigneten erzieherischen Hilfen durch Jugendamt und Wohlfahrtsverbände entgegengewirkt werden. Damit Heimunterbringungen von Kindern und Jugendlichen – die zudem die Stadt mit rund 50.000 Euro pro Kind/Jahr belasten – so weit wie möglich vermieden werden, müssen die ambulanten und teilstationären Erziehungshilfen ausgebaut und gestärkt werden.

### Dazu fordern wir:

- Aufrechterhaltung und Ausbau des Familien unterstützenden Angebotes der Sozial-Pädagogischen Familienhilfe (SPFH); die regelmäßige Supervision für die Fachkräfte muss gewährleistet sein;
- Aufrechterhaltung und Ausbau des Angebotes der Erziehungsbeistandschaft;
- keine Personalkürzungen beim Angebot der Erziehungsberatungsstelle und des Schulpsychologischen Dienstes;
- ausreichendes Personal beim Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamtes und stärkere finanzielle Unterstützung der Wohlfahrtsverbände (Diakonisches Werk und Sozial-Dienst kath. Frauen und Männer) durch die Stadt für die Delegationsaufgaben;
- die Einrichtung einer heilpädagogischen Tagesgruppe mit begleitender Familienberatung zur Förderung von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten;
- die Einrichtung einer „Elternschule“ mit frühzeitiger erzieherischer Beratung, damit Eltern in ihrem Erziehungsverhalten gestärkt werden;
- den Ausbau der Vollzeitpflegestellen in geeigneten Familien; aus pädagogischen Gründen ist in geeigneten Fällen, insbesondere bei jüngeren Kindern, die Aufnahme in einer Familie statt in einem Heim zu bevorzugen.

### JUGENDLICHE

Jugendarbeit hat insbesondere die Aufgabe, junge Menschen in ihrer Selbstständigkeit zu fördern, sie zu gesellschaftlicher Mitverantwortung anzuregen und zu sozialem Engagement hinzuführen.

Die derzeitige Situation, in der viele Jugendliche in ihrer Lebensplanung keine Perspektiven mehr sehen und orientierungslos sind, führt zu Aggression gegen sich selbst oder andere und/oder die Flucht in Alkohol und Drogen. Jugendliche, die sich ausgegrenzt, unverstanden und wertlos fühlen, sind im besonderen Maße gewaltbereit und anfällig für rechtsradikales Gedankengut. Um dem entgegenzuwirken, hat die kommunale Jugendarbeit – neben Elternhaus und Schule – die Aufgabe, die Jugendlichen zu begleiten, ihnen Problemlösungen und Perspektiven aufzuzeigen.

Kürzungen, wie z.B. die Streichung einer Stelle beim Jugendcafe in der Sedentaler Straße durch die CDU, sind unverantwortlich und müssen rückgängig gemacht werden. Für offene Jugendarbeit, Jugendberufshilfen oder Kinder- und Jugendschutz muss auch in finanziell schwierigen Zeiten Geld vorhanden sein.

### Bündnis 90/Die Grünen wenden sich gegen Streichungen im Jugendetat und fordern im Einzelnen:

- Aufrechterhaltung der 3 städtischen Jugendcafes/Beratungsstellen und Ausweitung auf tägliche Angebote – Öffnungszeiten auch am Wochenende;
- Beibehaltung des TSV-Jugendzentrums im Bürgerhaus Hochdahl;
- Geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen in den Jugendeinrichtungen, insbesondere auch für ausländische Mädchen;
- inhaltliche Weiterentwicklung der offenen Jugendarbeit, um mehr Jugendliche zu erreichen – dort, wo sie sind: Auf Straßen, Plätzen, an ihren Treffpunkten. Jugendarbeit ist in ein stadtteilbezogenes Gesamtkonzept sozialer Arbeit einzubinden;
- Einstellung von Streetworkern auch zur Gewaltprävention;
- Errichtung eines Jugendkulturzentrums wie z.B. des SOJUS in Monheim, das u.a. Proberäume für Jugendbands zur Verfügung stellt und kulturelle Aktionen bietet;
- Bereiche für Skateboard/Streetball/Inlineskating zur Verfügung stellen; der Skaterpark an der Sedentaler Straße wird von zahlreichen Jugendlichen angenommen; eine entsprechende Multifunktionsanlage in Alt-Erkrath hat lange auf sich warten lassen und wird hoffentlich jetzt endgültig im Frühjahr 2009 eingerichtet;

### Perspektiven schaffen





Junger Kunst Raum geben

- zusätzliche Bereitstellung von Sprayerflächen wie am Hochdahler Markt;
- Durchführung von internationalen Jugendbegegnungen;
- Projekte an Schulen, die ein gewaltfreies Mit-/Füreinander fördern und stärken;
- Discoververanstaltungen im Bürgerhaus, wie z. Zt. durch den Verein „Die Erkrather“ unterstützen und ausbauen;
- weitere finanzielle Unterstützung des Projektes „2. Chance“ des Sozialdienstes katholischer Frauen und Männer für schulmüde Jugendliche;
- berufsqualifizierende und beschäftigungsfördernde Projekte für arbeitslose Jugendliche;
- weitere finanzielle Unterstützung der vom Kreis Mettmann eingerichteten Kompetenzagentur für junge Menschen, zur Verbesserung der Chancen auf einen Ausbildungs- und/oder Arbeitsplatz;
- Wiedereinführung der VHS-Kurse zum nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses;
- mehr Plätze für Auszubildende bei der Stadt Erkrath;
- Stärkung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Der Jugendrat muss in seiner Arbeit vom Jugendamt weiterhin unterstützt werden. Die Jugendfragestunde im Jugendhilfeausschuss muss wieder eingeführt werden und durch eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit einen höheren Bekanntheitsgrad bekommen.



## SENIORINNEN UND SENIOREN

### Anders, aber nicht schlechter leben.

Die Lebenserwartung und damit der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt. Das Landesamt für Statistik in Nordrhein-Westfalen stellt fest, dass 2006 in Erkrath 21,8% aller Bürgerinnen und Bürger älter als 65 Jahre waren. 1996 waren es lediglich 14%.

Immer mehr Menschen werden im Alter alleine leben – und von deutlich knapperen finanziellen Mitteln – als die heutige Vergleichsgruppe. Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Minijobs reduzieren die Renten-Anrechte oft unter das Existenzminimum. Die Altersbezüge stagnieren, Pensionen werden gekürzt. Ungewollt verzichten manche auf Leistung, die ihnen zustehen. Nicht nur hier werden wohnortnahe, seniorenspezifische Beratungsstellen gebraucht.

Vor allem auf dem Gesundheitsmarkt, der immer verstärkter auf Eigenverantwortung abstellt, müssen sich ältere Menschen als GesundheitskundInnen bewegen. Dies erfordert für die Seniorinnen und Senioren einen schnellen Zugang zu verlässlichen Informationen vor Ort.

In den nächsten 20 Jahren wird der Anteil der Hochbetagten in Erkrath deutlich steigen, die Pflegebedürftigkeit nimmt zu. Demenz, Parkinson und Alzheimer sind die Schreckgespenster der Neuzeit. Der Betreuungsmarkt boomt, im Gegensatz zu seiner Qualität. Fachkräfte fehlen.

Ältere Menschen müssen sich auf ihre veränderten Möglichkeiten einstellen – sei es der Verlust von Mobilität oder das Angewiesensein auf Hilfe. Doch über die Medien öffnen sich neue Türen selbstbestimmten Lebens und Kommunizierens. Mittlerweile sind mehr über 60-Jährige im Internet unterwegs als unter 20-Jährige. Als Nutzer sind sie es gewohnt Information, Kommunikation und Geschäftsprozesse weitgehend über und mit dem Internet abzuwickeln. Dieser Entwicklungstrend sollte kommunal genutzt werden und der persönlichen Beratung zur Seite gestellt werden.

Kommunale Seniorenpolitik aus grüner Sicht bietet Sicherheit, Sorge und Selbstbestimmung.

**Im öffentlichen Bereich fordern wir, in Ergänzung der unter den Themen „Verkehrsplanung“ und „Menschen mit Behinderungen“ genannten Forderungen:**

- eine barrierefreie Nahversorgung;
- mehr verkehrsberuhigte Zonen (Tempo 30);
- mehr gesicherte Übergänge über Straßen;

**Kommunale Seniorenberatung ausbauen**



Sichere Überquerungen

# ZEIT FÜR SELBSTBESTIMMUNG.



**Bessere Ausstattung mit Ruhebänken**

- ein flächendeckendes Netz von Ruhebänken;
- Intensivierung des ÖPNV-Netzes und den Bürgerbus (Mobilität);
- Erhalt und Optimierung der Altentreffs;
- Unterstützung der Selbsthilfeeinrichtungen, wie Netzwerk u.a., indem die Stadt Räumlichkeiten inklusive Heizung, Wasser etc. zur Verfügung stellt;
- institutionelle Einbindung der Kompetenz alter Menschen für die Entwicklung und Gestaltung des Sozialraums und der Stadtentwicklung (Aufwertung des Seniorenbeirats);
- Systematischer Ausbau der ehrenamtlichen Tätigkeit von SeniorInnen z.B. in Schule und Ausbildung;
- Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit von SeniorInnen (kostenlose Fahrkarten, Aufwandspauschale);
- Auf- und Ausbau eines Internet-gestützten Verbundes in der Stadt Erkrath, mit dem jederzeit Kommunikation zwischen BürgerInnen und Verwaltung, Politik und anderen Institutionen und Organisationen möglich ist;
- Aufbau einer Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Erkrath;
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Kreis (NETZWERK) vor allem im Bereich der Pflegewohnberatung, SeniorInnentelefon.

**Im Vertrauten bleiben**

#### zu Hause:

- weg von der Heimunterbringung, hin zur Betreuung im gewohnten Lebensraum;
- Ausbau des betreuten Wohnens;
- Hilfe bei der Organisation von alternativen Wohnformen, z.B. Wohngemeinschaften;
- städtische Zuschüsse für den Bau von Mehrgenerationenhäusern, den Bau von und Umbau zu barrierefreien Seniorenwohnungen nach ökologischen Kriterien;
- begleitende organisatorische Hilfen zum Wohnungstausch (groß gegen klein);
- Ausbau und Teilfinanzierung haushaltsnaher Dienstleistungen;
- Einrichtung eines Hausnotrufs rund um die Uhr;
- Mietbeihilfen für seniorengerechte Wohnungen;
- Mithilfe im Haushalt als freiwilliges soziales Jahr für SchulabgängerInnen aus Erkrath (mit Aufwandsentgelt).

# FRAUEN

## Gleich berechtigt ist noch nicht gleich gestellt.

### MATERIELLE UNABHÄNGIGKEIT

Weit über die Hälfte der Frauen in der BRD arbeiten unbezahlt für die Familie und das soziale Gemeinwesen. Der hohe gesellschaftliche Wert dieser Arbeit wird noch immer nicht angemessen gewürdigt.

Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland bedeutet nach wie vor: Niedrigere Erwerbsquote, häufig unterbrochene Erwerbsbiografien, ungewollte Teilzeittätigkeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse sowie im Vergleich zu Männern schlechter bezahlte Arbeitsplätze.

**Frauenerwerbstätigkeit fördern**

Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konsequent für die Umverteilung von Arbeit, Einkommen, Status und Macht sowie den Abbau hierarchischer Strukturen ein. Es muss selbstverständlich werden, dass Frauen alle öffentlichen Bereiche in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft maßgeblich mitgestalten. Umgekehrt muss selbstverständlich werden, dass Männer ihren Anteil im privaten Bereich übernehmen. Initiativen, die in Erkrath für diese Ziele eintreten, werden auch in Zukunft unsere nachdrückliche Unterstützung erhalten.

Dennoch hat sich die Situation hier in den vergangenen Jahren etwas verbessert:

Die Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (kurz: Antidiskriminierungsgesetz) im Jahre 2006 auf Bundesebene ist maßgeblich auf Drängen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustande gekommen. Das Gesetz verankert die Gleichbehandlung von Frauen gegenüber männlichen Mitbewerbern gleicher Qualifikation. Es verlangt, dass Arbeitsstrukturen eine zwischen Frauen und Männern gleichberechtigte Teilung von Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflege und Freizeit ermöglichen und strebt eine gleiche gesellschaftliche Akzeptanz dieser Bereiche an. Ob bei Vorhandensein von (Klein-)Kindern einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, soll nicht von materiellen Zwängen diktiert, sondern frei wählbar sein.

**Antidiskriminierungsgesetz in der Praxis umsetzen**

Auf kommunaler Ebene können wir Frauenerwerbstätigkeit fördern. Erste Erfolge haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den letzten Jahren durch konsequentes Agieren in der Opposition erzielt. So ist die Schaffung von verlässlichen und qualifizierten Betreuungsangeboten von Babys über Klein- bis zu Schulkindern eine wesentliche Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit auch von Frauen. Das Tagesmüttersystem, das in Erkrath in den letzten Jahren gefördert wird, kann dabei nur ein Baustein sein. Die Kindertageseinrichtungen müssen, einem vielfachen Wunsch entsprechend, mehr Kinder unter 3 Jahren/ab 2 Jahren aufnehmen können.



### Zur Verbesserung der materiellen Unabhängigkeit von Frauen fordern wir:

- kommunale Förderung des Wiedereinstiegs ins Erwerbsleben, besonders durch die bedarfsgerechte Kinderbetreuung (siehe auch „Kinder und Jugendliche“);
- die bevorzugte Einstellung von Frauen bei der Stadtverwaltung laut „Frauenförderplan“, vor allem auch in leitende Tätigkeiten;
- die öffentliche statt interne Ausschreibung aller Stellen der Stadtverwaltung;
- die Förderung der Weiterbildung von Frauen in der VHS mit Angeboten zur Kinderbetreuung;
- den Ausbau des Systems des Offenen Ganztags in Grundschulen und bei den weiterführenden Schulen;
- die Einrichtung eines Frauencafés mit eigenem Raum;
- die Stärkung mädchen- und jungenspezifischer Angebote im Rahmen von Jugendkulturarbeit.

### STÄRKUNG DER FRAUENGLEICHSTELLUNGSSTELLE

Seit fast 19 Jahren wird die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Erkrath konsequent und kreativ ihrem Auftrag gerecht, bringt frauenpolitische Ideen und Forderungen ein, berät und hilft in vielen Einzelfällen. Das läuft, zumal in der von Männern dominierten Stadtverwaltung, nicht immer konfliktfrei ab – was die Notwendigkeit ihrer Stelle nur bestätigt. Entschieden lehnen wir deshalb jede Kürzung ab, sei es des Budgets oder der Stelle selbst.

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten stärken und fordern:

- eine klare Definition der Zusammenarbeit zwischen Gleichstellungsstelle und anderen Verwaltungsbereichen durch Zielvereinbarungen;
- die Gewährung eines eigenständigen Rederechts in Rat und Ausschüssen;
- ein Vetorecht der Gleichstellungsbeauftragten bei frauenpolitisch relevanten Entscheidungen, insbesondere Personalentscheidungen (Frauenquote) und frühzeitige Beteiligung an Verwaltungsvorlagen;
- die Wiedereinrichtung eines Budgets zur Förderung von Frauen-Gruppen, -Verbänden und -Projekten vor Ort;
- die langfristige Ausweitung des Frauenbüros durch Einstellung einer Sachbearbeiterin;
- die Einhaltung und Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG).

Männerdomäne Stadtverwaltung knacken

### GEWALT GEGEN FRAUEN

Sexuelle Gewalt verletzt die physische und psychische Integrität der Betroffenen. Sowohl innerhalb wie außerhalb familiärer Beziehungen verstoßen Vergewaltigungen, Misshandlungen, Zwangsprostitution, Missbrauch und Gewalt am Arbeitsplatz gegen das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf körperliche Unversehrtheit und die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Sexistische Gewalt, auch in Form von Darstellungen in den Medien, begreifen wir als grundlegende Diskriminierung von Frauen und Missachtung ihrer Menschenwürde.

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern auf Bundesebene eine konsequente Strafverfolgung mit empfindlichen Sanktionen sowie einen optimalen Schutz der Opfer. Für Erkrath fordern wir:

- Wohnprojekte wie Fluchtwohnungen für Frauen, die nach einem Aufenthalt in Frauenhäusern wieder Fuß fassen müssen;
- Rücknahme der Stellen-Reduzierung im Frauenhaus des Kreises Mettmann. Das Haus ist auch für Erkratherinnen zuständig;
- weiterhin Alleinlebende bzw. allein erziehende Frauen in Obdachlosen- und Asylunterkünften getrennt von Männern unterzubringen;
- die finanzielle Unterstützung von psychosozialen Beratungsstellen für Frauen;
- die finanzielle Unterstützung unabhängiger Beratungsstellen für Schwangerschaftskonflikte;
- mädchen- und jungenspezifische Kurse zur Prävention gegen den sexuellen Missbrauch/Machtmissbrauch. Denkbar wären etwa Kurse zur Selbstbehauptung, zur Hinterfragung gesellschaftlicher Rollenklischees etc.

### FRAUENFREUNDLICHE STADTPLANUNG

Benachteiligung von Frauen zeigt sich in unseren Städten auch in einer die Belange der Frauen nicht reflektierenden Stadtplanung. Frauen erleben öffentliche Räume häufig – und nicht grundlos – als „Angst-Räume“. Dies schränkt ihre Bewegungsfreiheit, vor allem in den Abend- und Nachtstunden, stark ein.

Frauen gehen häufiger zu Fuß, fahren häufiger Rad und benutzen den öffentlichen Personennahverkehr häufiger als Männer. Eine einseitig auf das Autofahren ausgerichtete Stadtplanung schadet daher Frauen noch mehr als Männern. Auch deshalb ist die im Kapitel Verkehrsplanung geforderte Verbesserung der Rad- und Fußwege sowie die Verdichtung des Bus- und Bahnangebotes dringend erforderlich.

Schutzangebote stärken

Angsträume beseitigen





Frauenalltag heißt in der Regel, Erwerbstätigkeit, Einkauf, Kinderbetreuung und Freizeitgestaltung miteinander zu verbinden. Bei zukünftigen Vorhaben muss diese Tatsache als planungsrelevant anerkannt und wesentlich stärker als bisher berücksichtigt werden.

Die demografische Entwicklung in Erkrath wird voraussichtlich aufgrund der höheren Lebenserwartung ein prozentuales Mehr von Frauen gegenüber Männern bringen. Die Belange von Frauen/Seniorinnen zu berücksichtigen, ist insofern ein wichtiger Baustein bürgernaher Stadtentwicklung.

**Im öffentlichen Bereich fordern wir, in Ergänzung der bereits unter „Verkehrsplanung“, „Menschen mit Behinderungen“ und „Senioren“ genannten Forderungen:**

- die Sicherung der Haltestellen durch Notrufsäulen;
- die Beseitigung und Vermeidung von Gefahren- und Angsträumen unter anderem durch oberirdische Straßenquerungen, bessere Straßenbeleuchtung und Gehölzrückschnitt.



## BILDUNG, KULTUR, SPORT

### Fördern, stärken, qualifizieren.

#### SCHULEN

Neben der Wissensvermittlung soll Schule junge Menschen zu selbständigen Persönlichkeiten heranbilden, die sich ihrer sozialen Verpflichtung innerhalb des Gemeinwesens bewusst sind und ihr gerecht werden können.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, braucht Schule ein geeignetes „Klima“. Wie sollen Schüler die Wichtigkeit von Schule wahrnehmen, wenn der Träger sein Desinteresse durch fortlaufende Einsparungen signalisiert?

Die Kommune als Schulträger ist für Gebäude und Sachausstattung der Schulen zuständig. Bei den Gebäuden besteht in Erkrath seit Jahren zum Teil erheblicher Sanierungsbedarf, der nicht erst behoben werden darf, wenn die Katastrophe schon da ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in den vergangenen Jahren immer wieder eine entsprechende Mittelbereitstellung im Haushalt gefordert. Es darf nicht Aufgabe der Eltern sein, die Klassenräume ihrer Kinder selbst zu streichen, um für eine halbwegs angenehme Lernatmosphäre zu sorgen.

Durch Vorgaben der CDU/FDP Landesregierung wie Schulzeitverkürzung (G8) und Nachmittagsunterricht kommt auf die Stadt eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung zu. Will man diese Politik nicht auf dem Rücken der Kinder austragen, muss in den nächsten Jahren umfangreich in die bestehenden Schulgebäude investiert werden.

#### Wir fordern:

- die Erhöhung der Mittel für die Unterhaltung der Schulgebäude und die Ausstattung mit Lehrmitteln;
- zukünftig wieder für jede Schule eine/n eigene/n Hausmeisterin;
- eine tägliche gründliche Reinigung der Schulen;
- die Unterstützung der weiterführenden Schulen auf dem Weg zur Ganztagschule. Hierzu gehört insbesondere die Ausstattung aller Schulen mit Mensen und Aufenthaltsräumen für die Mittagspause. Damit wird der Schulzeitverkürzung auf 12 Jahre (G8) und dem daraus folgenden Nachmittagsunterricht Rechnung getragen;
- die Ergänzung des Schulangebots durch eine Gesamtschule im mittleren Kreisgebiet (Erkrath, Mettmann, Haan). Das entspricht der nach der Einführung des Abiturs nach 12 Jahren (G 8) stark gewachsenen Nachfrage;
- Schulsozialarbeit mit dafür ausgebildeten Pädagogen sollte, nach dem Vorbild der skandinavischen Länder, für alle Schulformen zum Alltag gehören;

**Schulgebäudesanierung endlich vorantreiben**

**Keine Politik auf dem Rücken unserer Kinder**

**Gesunde Verpflegung im Ganztag**

**ZEIT FÜR GUTES LERNKLIMA.**

### Ausbau des Ganztagsunterichts

- spezielle Fördermaßnahmen für Kinder aus benachteiligten Gruppen, etwa aus Migranten-Familien. Noch immer wechseln auch in Erkrath nur ca. 20% von ihnen nach der Grundschule auf das Gymnasium und über 50% zur Hauptschule, während das Verhältnis bei den deutschen Kindern genau umgekehrt ist;
- der offene Ganztag, den es inzwischen an allen Grundschulen gibt, muss je nach Bedarf ausgebaut werden, dafür muss die Stadt die finanzielle Grundlage schaffen. Die Elternbeiträge müssen so gestaffelt werden, dass sie sozial verträglich sind und kein Kind aus finanziellen Gründen dem Angebot fernbleiben muss. Die Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln muss so gestaltet sein, dass ein reibungsloser Betrieb ermöglicht wird. Dazu gehört die komplette Freistellung der Pädagogen von Aufgaben der Mittagsverpflegung, damit ihre Zeit der inhaltlichen Förderung der Kinder zu Gute kommt. Daraus folgt die Ausweitung der Arbeitszeiten der Küchenkräfte;
- Schulen mit besonderer pädagogischer Prägung wie zum Beispiel das Montessori-Angebot im Grundschulbereich sollen gestärkt und bei Bedarf ausgeweitet werden. Fahrtkosten sind, wie bei den konfessionellen Schulen, von der Stadt zu übernehmen;
- in allen Schulformen das Modell „Selbstständige Schule“ einzuführen und zu stärken;
- in allen Schulen über das Fifty-Fifty-Modell (d.h. sparsamer Umgang mit Energie, Wasser, Abfall etc.) und die Ausstattung mit Fotovoltaikanlagen Ziele und Verhaltensweisen im Sinne der Nachhaltigkeit zu vermitteln;
- die Integration behinderter Kinder in Regelklassen, sofern die Eltern dies wünschen, generell sicherzustellen.
- Stärkung der Volkshochschule insbesondere bei der personellen Ausstattung. Der Weg steter Programmreduzierung der letzten Jahre muss umgekehrt werden. Insbesondere sind ökologische und gesellschaftspolitische Bildungsangebote zu entwickeln;
- die nachträgliche Erlangung von Schulabschlüssen muss auch in Erkrath durch entsprechende Angebote der VHS möglich sein;
- für die Deutschkurse (Integrationskurse) ist bei Bedarf eine Kinderbetreuung anzubieten.

### Personalbestand und Angebot der VHS verbessern

#### KULTUR

Wir begreifen Kultur als wesentlichen und bereichernden Bestandteil einer lebendigen Gesellschaft. Kultur muss vor Ort entwickelt werden.

Auch in Zeiten finanzieller Engpässe darf Kultur als „freiwillige Leistung“ der Kommune nicht zu einem beliebigen Streich-Objekt werden. Solche Leistungseinschränkungen haben leider auch in Erkrath schon stattgefunden.

den. Weitere konzeptionslose Einschnitte müssen zukünftig vermieden werden. Gerade Krisen beinhalten die Möglichkeit, über Reformen und innovative Kulturarbeit nachzudenken. Statt pompöse und teure Veranstaltungen von außen „einzukaufen“, können die Kulturschaffenden in Erkrath gezielt gefördert werden. An Bürgerengagement mangelt es nicht. Das zeigen z.B. das Laientheaterfestival und die neu gegründete Unterfeldhauser Kulturinitiative. Städtische Mittel aus dem Kulturretat sind hier gut investiert.

#### Wir fordern:

- eine deutlich bessere finanzielle Unterstützung der örtlichen Kulturinitiativen durch die Erhöhung des jährlichen Sockelbetrags pro Verein;
- eine Entlastung der örtlichen Kulturinitiativen durch Verzicht auf Verwaltungsgebühren für Genehmigung und Bewerbung von Veranstaltungen;
- keine weiteren Entgelterhöhungen für die nichtkommerzielle Nutzung von Bürgerhaus und Stadthalle;
- Zurverfügungstellung von Probe- und Atelierräumen;
- die Unterstützung bei Kooperationsformen mit KünstlerInnen aus den Partnerstädten;
- einen jährlichen Ankaufetat zur Unterstützung lokaler Kunstschaffender;
- die kommunale Unterstützung von Ausstellungen freier Künstlergruppen (Einladungen, Plakatdruck etc.);
- die Aufrechterhaltung der Jugendmusikschule sowie nach Einkommen gestaffelte Gebühren;
- die Erhaltung und Förderung von Bildungsangeboten freier Träger, z.B. des Stellariums;
- den Erhalt der städtischen Büchereien, die Rücknahme der verkürzten Öffnungszeiten, Aufstockung des Medienankaufetats.

#### SPORT

Sport, ob im Verein oder ungebunden, ist nicht nur eine gesunde und sinnvolle Freizeitgestaltung. Sport hat auch eine soziale Funktion, ist erlebnis- und gemeinschaftsorientierte Daseinsvorsorge für alle Generationen. Bündnisgrüne Sportpolitik heißt daher: Förderung des Breitensports.

In Erkrath bieten über 30 Vereine ein breit gefächertes Sportangebot. Über 10.000 Menschen jeden Alters sind in unserer Stadt Mitglied eines Sportvereins, das sind gut 20% der Gesamtbevölkerung. Ca. 4000 davon sind Kinder und Jugendliche, die einen erheblichen Teil ihrer Freizeit im Verein verbringen. Die Sportvereine leisten so einen wesentlichen Beitrag zur städtischen Jugendarbeit. Hier erleben Kinder und Jugendliche eine aktive,



Gezielte Förderung der Kulturinitiativen vor Ort

Sicherung des Fortbestands der Jugendmusikschule



gemeinschaftsbezogene Freizeitgestaltung und sammeln wertvolle Erfahrungen im sozialen Miteinander. Das ehrenamtliche Engagement der Mitarbeiterinnen in den Vereinen entlastet die Kommune auch finanziell.

### SPORTSTÄTTEN UND NEANDERBAD

Die wesentliche Aufgabe, die der Stadt zufällt, ist die bedarfsgerechte Bereitstellung von Sportstätten sowie die finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit in den Vereinen.

Endlich verfügen alle 3 Stadtteile über einen Kunstrasenplatz. Die Vereine können ihre Außensportanlagen nun intensiver nutzen, die Unterhaltskosten verringern sich. Im bevölkerungsstärksten Stadtteil Hochdahl sind aber trotz des Kunstrasenplatzes an der Grünstraße die Kapazitätsgrenzen erreicht. Über Erweiterungen muss nachgedacht werden, weil die Sportanlage Rankestraße aufgrund alter Planungsfehler generell nur eingeschränkt nutzbar ist.

Vereine, die Leichtathletik anbieten, brauchen dringend bessere Rahmenbedingungen. Keine Außensportanlage verfügt über eine Tartanumlaufbahn: Trainings- und Wettkampfbedingungen sind unzureichend. Bündnis 90/Die Grünen begrüßen das Engagement der Vereine (SC Rhenania Hochdahl, SSV Erkrath, SC Unterbach), die bereits seit längerer Zeit die Pflege der Sportplätze selbst übernehmen. Durch Einsparungen von Personalkosten für Platzwarte sind Mittel für andere sportliche Zwecke frei.

Die Sporthallen müssen schneller als bisher saniert und modernisiert werden, damit der Schul- und Vereinssport nicht weiteren Einschränkungen unterliegt.

Anfang 2006 wurde das Neanderbad, finanziert und betrieben durch die Stadtwerke Erkrath, eröffnet. Die beiden Schwimmbäder in Alt-Erkrath und in Hochdahl wurden geschlossen.

Bündnis 90/Die Grünen hatten den Standort des Neanderbades an der Schönen Aussicht abgelehnt – u. a. aus ökologischen Gründen. Es beeinträchtigt nun die Biotopvernetzung zwischen den Naturschutzgebieten Neandertal und Bruchhauser Feuchtwiesen. Auch ist es schlechter erreichbar, sind die Eintrittspreise höher und ist das Schulschwimmen schwerer zu organisieren.

Obwohl Bündnis 90/Die Grünen anerkennen, dass das Neanderbad den Freizeitwert in unserer Stadt gesteigert hat, kritisieren wir weiterhin die

für Kinder und Familien zu hohen Eintrittspreise und die schlechte ÖPNV-Anbindung des Bades, insbesondere aus Unterfeldhaus.

### Bündnis 90/Die Grünen fordern im Einzelnen für

- die Sporthallen: Sanierung und Modernisierung ohne weitere Verzögerungen;
- das Toni-Turek-Stadion: Erneuerung der Umlaufbahn mit einem Tartanbelag sowie alle erforderlichen Reparaturen an den Leichtathletikanlagen;
- den Stadtteil Hochdahl: ein zusätzliches Spielfeld am Sportplatz Grünstraße oder Erhalt und Sanierung des Sportplatzes Kemperdick;
- die Vereine: weiterhin gebührenfreie Nutzung der Sportanlagen;
- die Jugendarbeit in den Vereinen: eine bessere finanzielle Unterstützung durch die Stadt;
- den Sportstättenbedarfsplan: eine Aktualisierung;
- die Kooperation von Vereinen, Politik und Verwaltung: einen regelmäßig tagenden „Runden Tisch Sport“ sowie einen eigenständigen Sportausschuss;
- alle Bolzplätze der Stadt: Beibehaltung und regelmäßige Pflege;
- die Neanderbad-Eintrittspreise: Ermäßigung für Kinder und Familien, Einführung eines Sozialtarifs;
- das Neanderbad: Verbesserung der Erreichbarkeit mit dem ÖPNV.



Notwendige Modernisierung im Interesse der Vereine



Schwimmbad erreichbar und bezahlbar machen

# DER HAUSHALT

## Sparen mit Verstand und Augenmaß.



Die Stadt Erkrath hat, wie schon eine Reihe anderer Kommunen in NRW, ihren Haushalt für das Jahr 2008 auf Doppik umgestellt. Diese vom Gesetzgeber verpflichtend bis 2009 vorgegebene Umstellung auf eine doppelte – bilanzielle – Haushaltsführung hat folgende Vorteile:

- Hohes Maß an Transparenz
- Gesamtschau des Vermögens einer Stadt
- Vollständige Abbildung des Ressourcenverbrauchs
- Intergenerative Gerechtigkeit
- Möglichkeit, die Leistungsfähigkeit einer Stadt dauerhaft sicherzustellen

Doch es gibt auch – neue – Probleme:

- der Werteverzehr von Anlagevermögen (Abschreibungen) muss im Haushaltsplan dargestellt und ausgeglichen werden (2008: 5,5 Mio Euro);
- Pensionsrückstellungen für die städtischen Beamten müssen ausgewiesen werden und deren notwendige Erhöhungen müssen als Aufwand durch zusätzliche Erträge erwirtschaftet werden;
- Ausgabereste des vorigen Jahres (noch nicht ausgegebene, aber verplante Gelder) belasten jetzt zunächst den Haushalt als Aufwand.

Die kritischen Eckpunkte eines Haushalts sind und bleiben:

1. Schulden
2. Haushaltsdefizit
3. Personal- und Zinsausgaben
4. Steuereinnahmen
5. Gebühren
6. finanzielle Rücklagen
7. Infrastruktur

Der derzeitige Schuldenstand der Stadt Erkrath, ca. 35.600.000 Euro, bedeutet ca. 750 Euro je BürgerIn. Im Vergleich mit anderen Städten liegt die sog. „pro Kopf“ Verschuldung in Erkrath noch im unteren Bereich.

### Finanziellen Handlungsspielraum bewahren

Den Kommunen darf aber nicht mehr, wie bisher, durch Bund und Land zusätzliche Aufgaben übertragen werden, ohne hierfür auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Sonst werden viele Gemeinden in die finanzielle Katastrophe steuern und ihre Aufgaben im Sozial-, Jugend-, Kultur und Umweltbereich nicht mehr wahrnehmen können. Im kommunalen Bereich besteht eine starke Abhängigkeit von der allgemeinen Konjunktur, denn Gewerbesteuern und Anteile an der Einkommenssteuer sind zentrale Einnahmequellen der Stadt.

Das veräußerbare Vermögen der Stadt (das „Tafelsilber“) besteht derzeit aus noch wenigen freien Grundstücken, sowohl in Wohn- als auch in Gewerbegebieten.

Die Stadtwerke Erkrath, die zu 100% der Stadt Erkrath gehören, erwirtschaften erhebliche Gewinne und führen jedes Jahr einen nicht geringen Teil dieser Gewinne an den städtischen Haushalt ab. Dass dieses Geld in Erkrath bleibt und nicht von einem Energiekonzern abgeschöpft wird, hängt im wesentlichen mit dem von Bündnis 90/Die Grünen unterstützten Stromnetzkauf der Stadtwerke Erkrath vom RWE in den 90-iger Jahren zusammen.

### Bündnis 90/Die Grünen fordern

- eine moderne politische Struktur und eine transparente und klar strukturierte Verwaltung (Zielformulierungen, Kosten- und Leistungsverrechnung, Kennzahlen, etc.);
- ein klares Zielkonzept (Zielvereinbarungen zwischen Politik und Verwaltung) und
- ein solides Controlling (evtl. extern), mit dem die Einhaltung des Haushaltes überwacht wird;
- veränderte Prioritätensetzung bei den Ausgaben – statt Millionen Euro in überflüssige Straßenbauprojekte (z.B. Luxussanierung des Hochdahl Marktes oder Ausbau der Bergstraße in Hochdahl) lieber in Kinder und Bildung sowie in die soziale Infrastruktur investieren;
- Durch Investitionen in die ökologische und damit auch ökonomische Optimierung der öffentlichen Gebäude (Wärmedämmung, Heizungsanlagen etc.) eine Wertsteigerung zu erzielen und gleichzeitig die Betriebskosten für Energie – die zunehmend den städtischen Haushalt belasten – erheblich zu senken.

### KOMMUNALE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Zu einem lebendigen und funktionierendem Gemeinwesen gehört ein breit gefächertes Angebot an Waren, Dienstleistungen und an Gewerbebetrieben, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Die örtlichen Unternehmen sorgen über die Gewerbesteuer für einen erheblichen Teil der städtischen Einnahmen. Sie versorgen ortsnah, vermeiden somit Verkehr und tragen damit zum Schutz der Umwelt bei. Auch wenn eine Vollversorgung Erkraths durch seine dreigeteilte Struktur und Lage zwischen den Großstädten nur schwer zu erreichen ist, gehört die Förderung der in Erkrath ansässigen Firmen und Freiberufler zu den wichtigen Aufgaben der Stadt, die in der Vergangenheit vernachlässigt wurden.



Kein Ausverkauf der freien Grundstücke solange es Leerstand gibt

Prioritäten ändern: Investitionen in Bildung statt Straßen und Beton



Ansässiges Gewerbe stärken

# ZEIT FÜR PRIORITÄTEN.



### Für die Zukunft fordern wir vor allem:

- Zentren müssen von der Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten gefördert werden: Hochdahler Markt, Bahnstraße, Neuenhausplatz, dazu Subzentren wie in der Sandheide, in Alt-Hochdahl und an der Bergstraße. Dazu gehört die regelmäßige sachgerechte Instandhaltung, damit es zu Missständen wie beim Pflaster am Hochdahler Markt oder den Pflanzbeeten am Neuenhausplatz in Unterfeldhaus erst gar nicht kommt;
- die Planungen zur Umgestaltung des Subzentrums Sandheide müssen rasch verwirklicht und um begleitende soziale Maßnahmen ergänzt werden;
- die Stadt muss eine aktive Wirtschaftsförderung betreiben und das hierfür notwendige Personal – etwa durch die Einstellung eines Citymanagers/in – vorhalten. Aufgaben sind u.a.: aktives Stadtmarketing gegen Leerstände und Fehlentwicklungen in Einkaufszentren und Gewerbegebieten (siehe etwa Unterfeldhaus), Unterstützung von Werbegemeinschaften bei Veranstaltungen und Festen, Anlaufstelle für örtliche oder ansiedlungswillige Unternehmen und Freiberufler.

### Impressum

<b>Kontakt:</b>	Bündnis 90/Die Grünen OV Erkrath Peter Knitsch Wacholderweg 11 40699 Erkrath
<b>Text/Redaktion:</b>	Hyacinta Hovestadt, Dr. Klaus Janssen
<b>Gestaltung:</b>	Silke Schlösser, Marc Göckeritz
<b>Stand:</b>	Mai 2009
<b>Bilder:</b>	Bündnis 90/Die Grünen OV Erkrath
<b>V.i.S.d.P.</b>	Peter Knitsch, Wacholder Weg 11, 40699 Erkrath